

STADT FUCHS



Zeitung des SPD-Ortsvereins für Treuchtlingen und seine Ortsteile



Jugendtreff in Treuchtlingen

Seit einigen Jahren fordert die Treuchtlinger SPD einen „Jugendtreff bzw. eine „Jugendbegegnungsstätte“. Die Anfragen und Anträge der SPD-Stadtratsfraktion wurden jedoch immer wieder durch die Regierenden in Treuchtlingen abgeblockt oder abgelehnt. Deshalb ist es um so erfreulicher, daß dieses Thema nun endlich aktuell zu sein scheint.

Die Diskussion um Räumlichkeiten für die Jugend in unserer Heimatstadt wurde durch eine von der SPD Treuchtlingen durchgeführte Gesprächsrunde mit Leuten aus der Vereinsarbeit weiter vertieft.

Doch die am 27.07.1995 gestartete Aktion des amtierenden Bürgermeisters läßt unserer Meinung die nötige Ernsthaftigkeit vermissen. Eine Fragenbogenaktion mitten in der Ferienzeit läßt leider einen relativ geringen Rücklauf erwarten.

Außerdem ist der Fragebogen zu kompliziert. Er ist von betroffenen Kindern und Jugendlichen nicht ohne Hilfe und weitere Erläuterungen zu beantworten.

Sollte auf Grund dieses Fragebogens wenig Interesse seitens der Jugendlichen oder gar mangelnder Bedarf für solch einen „Jugendtreff“ festgestellt werden, so wird dieses Ergebnis einen faden Beigeschmack behalten.

Außerdem kann es unserer Meinung nach, auch bei geringen Fragebogenrücklauf, nicht im Sinne der Verantwortlichen sein, deshalb eine „Jugendbegegnungsstätte“ abzulehnen.

Unser Vorschlag ist: weitere Fragebögen auch über Verbände, Vereine Und Organisationen verteilen zu lassen und die Zeitungsaktion zum Schuljahresbeginn nochmals zu wiederholen. Zusätzlich sollte der Fragebogen auch den Lesern des „Altmühlboten“ zugänglich gemacht werden, da ja bekanntlich in unserem Stadtgebiet auch diese Tagespresse gelesen wird.

Zum Schluß nochmals: Ein Jugendtreff in Treuchtlingen wird von der Treuchtlinger SPD sehr begrüßt!

SPD Ortsverein Vorstand

Ein Landratskandidat mit

Am 10. März 1996 findet auch die Wahl des Landrates und der Mitglieder des Kreistages statt. Der SPD-Kreisvorstand wird der Delegiertenversammlung den 48-jährigen Stadt- und Kreisrat Dr. Werner Winter als Landratskandidaten vorschlagen. Der promovierte Maschinenbauingenieur, der mit seiner Familie in Gunzenhausen (Unterwurbach) wohnt, ist seit 1990 in der Kommunalpolitik aktiv und führt seit Januar 1993 die SPD-Kreistagsfraktion. Im folgenden nimmt Dr.-Ing. Werner Winter zu seiner Kandidatur und zu Schwerpunkten seiner Arbeit Stellung.

Aus welchen Gründen macht ein gelernter Handwerker (Schmied) und Ingenieur mit praxisbezogener und wissenschaftlicher Ausbildung Kommunalpolitik und will auch noch Landrat werden?

Unsere Gesellschaft ist geprägt von Technik. Der technische Fortschritt hat größere gesellschaftliche Veränderungen bewirkt als je eine politische Revolution zustande gebracht hat. Warum sollen beispielsweise nur Lehrer, Juristen oder andere nicht technisch ausgebildete Bürgerinnen und Bürger für die Politik geeignet sein. Für Ingenieure müßte es nach meiner Auffassung geradezu ein "Bürgerpflicht" sein, sich in die Kommunalpolitik einbringen und politische Verantwortung zu übernehmen.

Wie meine Anregungen und Anträge im Stadtrat von Gunzenhausen und insbesondere auch im Kreistag gezeigt haben, sehen Ingenieure manche Dinge aus einem sachlich anderen Blickwinkel. Unter meinem Vorsitz hat sich die SPD-Kreistagsfraktion in den vergangenen zwei Jahren zu einer absolut sachbezogenen, innovativen Fraktion entwickelt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unsere Anträge zu Betriebsformen der Kreiskrankenhäuser bzw. zur Reform der Kreisverwaltung (Organisationsgutachten) und Maßnahmen für eine aktive



Förderungspolitik von Wirtschaft, Technologie und Innovationen im Landkreis. Aber auch im sozialen Bereich ("Sozialpädagogische Familienhilfe", "Hilfe zur Arbeit") sowie zu Fragen der Abfallsorgung (Verfahren zur Abfallbehandlung, Bioabfallentsorgung, Abfallgebühren usw.) haben wir konstruktive Beiträge geliefert. Ich meine, daß sich meine kommunalpolitische Arbeit und die meiner Fraktion sehen lassen kann.

Wo sehen Sie Defizite im Landkreis und wo muß nach Ihren Vorstellungen gehandelt werden ?

Wir stehen vor großen wirtschaftlichen Umbrüchen. Beim Arbeitsamt Weißenburg sind über 4000 Menschen als "arbeitslos" gemeldet. Über 1800 Menschen leben im Landkreis von der Sozialhilfe. Über 50 % der Sozialhilfeempfänger sind Kinder und junge Menschen unter 25 Jahren. Hinter diesen abstrakten Zahlen stehen menschliche Schicksale und ihre Lebensmöglichkeiten in unserer Gesellschaft. Über 60 Prozent der Arbeitnehmer arbeiten im produzierenden Gewerbe. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe geht seit Jahren zurück. Die Einkommen unserer Landwirte sinken ebenfalls, viele Betriebe sind bereits überschuldet.

technologischem Sachverstand

Vor diesem Hintergrund brauchen wir auch auf Landkreisebene Aktionen für den technologischen Fortschritt, vor allem im mittelständischen Bereich. Wir haben bereits vor mehr als einem Jahr ein "Forum für Wirtschaft, Technologie und Innovation" auf Landkreisebene angeregt. Leider wurde diese Anregung "zerredet" bzw. blieb in den Schreibtischen der anderen Fraktionen liegen. Die neuen Informationssysteme werden nicht nur in den Betrieben sondern auch in den Verwaltungen große Veränderungen der Arbeit bringen. Für eine moderne, effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung beantragten wir ein "Organisationsgutachten" von einem externen Gutachter. Gleichwohl dieser Antrag abgelehnt wurde, muß sich die Verwaltung in Zukunft verstärkt den Herausforderungen der neuem Medien stellen. Für die Langzeitarbeitslosen und ihrer Zurückführung in den Arbeitsmarkt befürworte ich eine gemeinnützige "Beschäftigungsgesellschaft GmbH", wie sie in anderen Kommunen bzw. Landkreisen bereits erfolgreich arbeiten. Hier sind alle gesellschaftlichen Gruppierungen wie beispielsweise Unternehmer und Gewerkschaften, Politiker und Kirchen usw. zu gemeinsamen Handeln zu bewegen.

Ich werde mich auch dafür einsetzen, daß die schwächeren Schüler vergleichbar gut untergebracht werden, wie die Schülerinnen und Schüler beispielsweise der Realschule in Weißenburg oder an den Gymnasien im Landkreis. Am Neubau einer Sonderschule in Weißenburg muß festgehalten werden. Ein Förderzentrum für alle Sonderschüler im Landkreis lehnen wir ab. Wir wollen keinen Schülertourismus ! Hier könnte ein "Niedrig-Energie-Schulgebäude" mit alternativer

Heizung und Förderung durch die Bay. Staatsregierung ein gangbarer Weg sein. Mit der Einführung der sechsstufigen Realschule dürfen die Hauptschulen in den ländlichen Gebieten nicht ausbluten. Ich werde mich für deren Erhalt einsetzen.

Wie will der Landkreis bei leerer Kasse neue Projekte angehen ?

Zunächst ist beim Landkreis, den Städten und Gemeinden im Landkreis ein "Kassensturz" zu machen. Die Städte und Gemeinde müssen ihre Rücklagen und ihre Verschuldung offenlegen. Nach diesem Kassensturz kann dann der Kreistag über die Finanzierung der Landkreisprojekte entscheiden. Vom Bund und vom Land Bayern erwarte ich endlich Maßnahmen zur besseren finanziellen Ausstattung der Landkreise. Es muß Schluß damit sein, daß Bund und Land ständig Gesetze beschließen, deren Finanzierung auf die Landkreise bzw. auf die Kommunen abgewälzt wird.

Zum Schluß noch eine persönliche Frage: Warum sollen die Bürgerinnen und Bürger gerade Sie zum Landrat wählen ?

Auf Grund meiner Ausbildung und meiner Tätigkeit im Rahmen des Technologietransfers am Institut für Fertigungstechnik der Universität Erlangen bringe ich die technologischen Voraussetzungen mit, um diesen Landkreis zu gestalten. Mit Fleiß und Ideen habe ich mich in den vergangenen fünf Jahren in die Kommunalpolitik eingebracht. Ich stelle mich vertrauensvoll dem Urteil der Wählerinnen und Wähler !

Herzliche Einladung zur Landestagung des Gesprächskreises Kirche und SPD am Samstag, 21. Oktober in Regensburg, 9.30 bis 16.30 Uhr im Kolpinghaus

„Innovative Zukunftstechnologien“, Themenbereiche Verkehrsgesellschaft, Bio- und Gentechnologie, Erneuerbare Energien, Umwelttechnologien, Zukunftstechnologien in der Landwirtschaft; u. a. mit Renate Schmidt und der Umweltministerin des Landes Rheinland-Pfalz, vielen weiteren Fachleuten und einer „Info-Börse“. Wer teilnehmen oder informiert werden will: Auskünfte bei Christel Keller, Tel. (09142) 8142

Volksentscheid am 1. Oktober

Mehr Demokratie wagen

Willy Brandt

<input type="radio"/>	Ich stimme dem Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags zu
<input checked="" type="radio"/>	Ich stimme dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens zu
<input type="radio"/>	Ich lehne beide Gesetzentwürfe ab

Machen Sie bitte
Ihr Kreuz in der Mitte

Bayern
SPD